

Am 22. Oktober 2007 verstarb Erwin Müller, Mitherausgeber und langjähriger Chefredakteur von S+F im Alter von 59 Jahren (s. Nachruf S. IV). Herausgeber und Redaktion widmen ihm diese Ausgabe.

Im Frühjahr 2006 beschloss der Rat der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine »Gemeinsame Aktion« über den Einsatz eines militärischen Kontingents in der Demokratischen Republik Kongo. Aufgabe dieses auf vier Monate befristeten Einsatzes der EUFOR RD Congo genannten Eingreifkräfte war die Unterstützung der UNO-Blauhelmtruppe MONUC bei der Durchführung der ersten freien Wahlen nach über vierzig Jahren. Er war eingebunden in ein politisches Befriedungskonzept, das nach Unterzeichnung eines globalen und inklusiven Abkommens durch die wichtigsten Konfliktparteien die Stabilisierung des zerfallenen Staates Kongo anstrebte. Dieses Vorhaben rief insbesondere in Deutschland eine kritische Debatte über Sinn und Zweck militärisch gestützter Engagements in Afrika hervor.

Zwei Monate nachdem die letzten Soldatinnen und Soldaten den Kongo verlassen hatten, veranstaltete das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) zusammen mit dem Institut für Theologie und Frieden (ITHF) einen internationalen Workshop, auf dem Ethiker, Politikwissenschaftler, Regionalexperten, Vertreter von NGOs sowie Teilnehmer von EUFOR RD Congo und MONUC über das dem Einsatz zugrunde liegende strittige politisch-militärische Konzept diskutierten und einer ersten ethischen Evaluierung zu unterzogen. Die Beiträge werden in einem Sammelband, der im Winter erscheinen soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Fünf dieser Beiträge sind bereits im vorliegenden Schwerpunktthema dieser Ausgabe von Sicherheit und Frieden/S+F versammelt.

*Hans-Georg Ehrhart* geht in seinem *referiertem* Aufsatz aus einer realistisch-kosmopolitischen Perspektive der Frage nach, wie das Befriedungskonzept der UNO und der EU im Kongo zu beurteilen ist. Er geht zunächst auf die normativen Grundlagen beider kollektiver Akteure und auf ihre Ziele und Begründungen für den Einsatz ein. Die nächsten Schritte widmen sich der Umsetzung, wobei er sich hier auf die EU konzentriert, um dann mit einer abwägenden Bewertung zu enden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass bei Interventionen der internationalen Staatengemeinschaft ein verantwortungsethischer Zugang erforderlich ist, der Ziele und Mittel, Normen und Werte, Interessen und »glokale« Kontexte in friedenspolitischer Absicht adäquat berücksichtigt. Legt man diese Maßlatte an, so seien EU und UNO trotz aller Unzulänglichkeiten in der Demokratischen Republik Kongo auf dem richtigen Weg.

*Dennis Tull* kommt in seiner Analyse des Bemühens, im Kongo staatliche Strukturen zu fördern zu einer skeptischen Einschätzung. Er konstatiert einen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit sowie ein fehlerhaftes Herangehen an den Wiederaufbau des Landes. Dafür seien folgende drei falschen Annahmen verantwortlich: Erstens, dass staatliche Institutionen des Westen erfolgreich nach Afrika transferiert werden könnten; zweitens, dass afrikanische politische Eliten sowohl

die Diagnose des staatlichen »Scheiterns« als auch die Strategien und Ziele, mit deren Hilfe politische Ordnung im westlichen Sinne wieder hergestellt werden soll, teilen; drittens schließlich, dass die internationale Gemeinschaft über den politischen Willen verfüge, um das von ihr formulierte Endziel des Staatsaufbaus erreichen zu können.

*Stefan Brüne* untersucht die beiden ersten »autonomen Militäraktionen« in der Geschichte der EU – der Operation Artemis (2003) und der EUFOR Mission (2006) aus realpolitischer Perspektive. Er fragt nach den Beweggründen, Entscheidungsgrundlagen und Wirkungen des europäischen Kongoengagements und identifiziert die damit verbundenen Zielkonflikte und Entscheidungsnotwendigkeiten, um so Aufschlüsse über die Interessen, Konzepte und Handlungskalküle der maßgeblichen Akteure zu erhalten. Er vertritt die Auffassung, dass die großen europäischen Geber ihre Afrikapolitiken nach wie vor überwiegend pfadabhängig an nationalen Interessen ausrichten und weltpolitische Problemlagen im Zusammenspiel mit innereuropäischen Integrationsagenden das europäische Außenhandeln stärker prägen als lokale Konfliktkonstellationen und die öffentlich reklamierten Befriedungs- und Demokratisierungsziele.

*Laurent Quentin* befasst sich mit den innerkongolesischen Interessen während der letzten Phase der Transition. Diese vielfältigen Interessen sollten nicht nur aus der Perspektive eines Ringens um Macht und Kontrolle auf staatlicher Ebene beurteilt werden. Vielmehr könnten sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen und bei allen Akteuren verfolgt werden. Ein Hauptproblem der Pazifizierung liegt seiner Ansicht nach darin, dass diese kongolesischen Interessen oftmals ohne Rücksicht auf die Idee des Allgemeinwohls definiert werden. Die Herausforderung für den Kongo und die internationale Gemeinschaft liege darin, eine vernünftige Grundlage zu finden, auf der die Interessenkonflikte in einer weniger suboptimalen Weise ausgetragen werden könnten.

*Paulin Manwelo* unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Bearbeitung schwerer Krisen über einen eindimensionalen Ansatz hinauszugehen. Er plädiert für einen holistischen Ansatz bzw. das »Modell des guten Samariters« als ethische Antwort auf die komplexen Konflikte unserer Zeit. Die vergleichsweise erfolgreichen Interventionen der UNO und der EU im Kongo dienen ihm als Beleg dafür, die Ethik der Pazifizierung von außen zu unterstützen, sofern sie dem »Modell des guten Samariters« folgt.

In der Rubrik »Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung« drucken wir zwei *referierte* Aufsätze ab. *Deba R. Mohanty* analysiert die indische Rüstungspolitik und fragt nach den hinter ihr stehenden treibenden Kräften. *Gordon Crawford* geht den Bedingungen einer Demokratisierung der zentralasiatischen Region nach und konstatiert das Fehlen unverzichtbarer struktureller Voraussetzungen. Im »Forum« setzt sich *Bernt Berger* mit den Problemen des chinesischen Engagements in Afrika auseinander.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich mit dem Thema »Privatisierung von Sicherheit« befassen.

Hans-Georg Ehrhart